

## **Behördenbriefe: persönlich – sachgerecht – verständlich**

Der Deutsche Sprachdienst der Bundeskanzlei hat ein Merkblatt herausgegeben unter dem Titel «Behördenbriefe: persönlich – sachgerecht – verständlich». Es richtet sich vor allem an Personen, die in der öffentlichen Verwaltung im Namen von Behörden Briefe an Privatpersonen verfassen. Das Merkblatt soll diese Personen unterstützen und zur guten Kommunikation zwischen dem Staat und den Bürgerinnen und Bürgern beitragen.

Gleichzeitig gibt es auf der Website der Bundeskanzlei ([www.bk.admin.ch](http://www.bk.admin.ch) – Themen – Sprachen – Sprachpolitik und Mehrsprachigkeit – Verwaltungssprache) weitere Tipps und Beispiele, wie man seine Botschaften so verfasst, dass sie gut ankommen.

Das Merkblatt kann beim Deutschen Sprachdienst bezogen werden: [alfred.zangger@bk.admin.ch](mailto:alfred.zangger@bk.admin.ch).

*Anita Bühler, Schweizerische Bundeskanzlei, Bern*

## **Neue Merkblätter der Bundeskanzlei**

Die Bundeskanzlei hat in Ergänzung zu den Gesetzestechnischen Richtlinien die folgenden Merkblätter als Hilfen bei der Erarbeitung von Erlassentwürfen auf Deutsch und Französisch ins Internet gestellt:

- Merkblatt «Verweisung auf EU-Recht im Landesrecht. Redaktionelle und gesetzestechnische Regeln» / Aide-mémoire «Renvoi au droit de l'UE dans le droit suisse. Règles de rédaction et de technique législative»
- Merkblatt «Gesetzestechnische Regeln zu Schengen/Dublin» / Aide-mémoire «Règles de technique législative relatives à Schengen/Dublin» (aktualisierte Fassung eines erstmals 2007 publizierten Merkblatts)
- Merkblatt «Bundesbeschlüsse zu völkerrechtlichen Verträgen. Redaktionelle und gesetzestechnische Faustregeln» / Aide-mémoire «Arrêtés fédéraux relatifs aux traités internationaux. Règles de rédaction et de technique législative»
- Merkblatt «Verweisung auf EU-Recht im Landesrecht. Redaktionelle und gesetzestechnische Regeln» / Aide-mémoire «Renvoi au droit de l'UE dans le droit suisse. Règles de rédaction et de technique législative»

- Merkblatt «Gesetzestechische Regeln zu Schengen/Dublin» / Aide-mémoire «Règles de technique législative relatives à Schengen/Dublin» (aktualisierte Fassung eines erstmals 2007 publizierten Merkblatts)
- Merkblatt «Bundesbeschlüsse zu völkerrechtlichen Verträgen. Redaktionelle und gesetzestechische Faustregeln» / Aide-mémoire «Arrêtés fédéraux relatifs aux traités internationaux. Règles de rédaction et de technique législative»
- Merkblatt «Teilkraftsetzungsverordnungen. Redaktionelle und gesetzestechische Faustregeln» / Aide-mémoire «Ordonnances portant mise en vigueur partielle d'une loi ou d'une ordonnance. Règles générales de présentation et de technique législative»
- Merkblatt «Gebührenverordnungen» / Aide-mémoire «Ordonnances sur les émoluments»

Die italienische Übersetzung der Merkblätter ist in Arbeit. Die Merkblätter sind verfügbar unter: <http://www.bk.admin.ch> > Themen > Gesetzgebung > Gesetzestechnik bzw. > Thèmes > Législation > Technique législative.

*Clemens Locher, Schweizerische Bundeskanzlei, Bern*

*Forum für Rechtsetzung*

## **Das Verhältnis von Völkerrecht und Landesrecht**

Das Forum für Rechtsetzung hat sich an seiner Herbst-Session 2009 mit dem Entwurf eines Berichts befasst, dem die Annahme der Minarett-Initiative eine besondere Aktualität verleiht: des Berichts des Bundesrates über das *Verhältnis von Völkerrecht und Landesrecht*. Er ergeht in Erfüllung von Postulaten der Rechtskommission des Ständerates (07.3764) und der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates (08.3765). Das Bundesamt für Justiz und die Direktion für Völkerrecht haben ihn gemeinsam erarbeitet. Für den rechtsvergleichenden Teil ist zudem Prof. Daniel Thürer von der Universität Zürich einbezogen worden. Roland Portmann (Direktion für Völkerrecht) und der Schreiber präsentierten im Forum den Entwurf des Berichts. Der Entwurf arbeitet das Verhältnis von Völkerrecht und Landesrecht grundsätzlich auf und fokussiert dann auf die offenen Fragen. Klärungsbedürftig ist einerseits der Rang des Völkerrechts. Er ist in der

Verfassung nicht vollständig und in allen Teilen klar geregelt. Zum anderen geht es um die Schwierigkeiten, die aus der Annahme einer völkerrechtswidrigen Initiative entstehen können. Nach geltendem Verfassungsrecht können nur Volksinitiativen für ungültig erklärt werden, die das zwingende Völkerrecht verletzen. Dieses umfasst nur grundlegendste Regeln der Staatengemeinschaft, wie das Verbot, einen anderen Staat anzugreifen, das Verbot von Sklaverei oder das Verbot von Folter. Die meisten Grundrechte gehören hingegen nicht zu diesem zwingenden Völkerrecht. Eine Einschränkung beispielsweise der Religionsfreiheit durch eine angenommene Volksinitiative, wie sie aus dem Minarett-Verbot resultiert, ist deshalb möglich, und sie muss von den Behörden umgesetzt werden. Die externe Religionsfreiheit gehört nicht zum zwingenden Völkerrecht, ist aber in der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und dem UNO-Pakt II garantiert. Im Falle der EMRK ist eine Verurteilung der Schweiz durch den Europäischen Gerichtshof in Strassburg möglich. Der Bericht zeigt mehrere Optionen auf, wie solche Konflikte mit dem Völkerrecht vermieden werden könnten. Der Bericht ist vom Bundesrat am 5. März 2010 verabschiedet worden und wird im Bundesblatt vom 7. April 2010 publiziert.

Des Weiteren informierte im Rechtsetzungsforum Reto Ammann vom Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (EDÖB) über die Resultate der Evaluation des Öffentlichkeitsgesetzes. Der EDÖB hatte mit der Evaluation das Institut für öffentliche Verwaltung (IDHEAP) beauftragt. Das Öffentlichkeitsgesetz soll das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Verwaltung stärken und die Transparenz bei der Verwendung der Steuergelder sicherstellen. Es hat sich gezeigt, dass in den ersten zweieinhalb Jahren verhältnismässig wenig Gesuche um Zugang zu amtlichen Dokumenten eingegangen sind. Die Gründe hierfür dürften sein, dass zahlreiche Verwaltungsstellen mündliche Anfragen nicht erfassen, aber auch, dass das Öffentlichkeitsgesetz in der Bevölkerung wenig bekannt ist; es ist noch nicht Teil der schweizerischen Kultur. Ein weiterer Grund liegt in der Konkordanzdemokratie: Fast alle Parteien haben Mitglieder in den Behörden. Sie sind also informiert darüber, was in diesen Behörden geschieht. Dies ist z.B. im Vereinigten Königreich anders: Hier ist das Öffentlichkeitsprinzip für die Opposition eine ausgezeichnete Möglichkeit, um an Informationen zu gelangen. Schliesslich trägt auch die Kleinräumigkeit und das Milizsystem der Schweiz dazu bei, dass nur wenige Gesuche eingehen. Die Evaluation lässt noch keine abschliessenden Rückschlüsse auf die Wirkung des Öffentlichkeitsgesetzes zu. Fest steht aber, dass unterschiedliche Amtskulturen weiter bestehen – und dass das Öffentlichkeitsgesetz noch zu wenig bekannt ist.

Nach dem Öffentlichen ging es um das Private, genauer um den Umgang mit dem Privaten. Simone Füzesséry und Véronique Jaquet vom Bundesamt für Ju-

stiz stellten die neuen Wegleitung über die Erarbeitung gesetzlicher Grundlagen für die automatische Bearbeitung von Personendaten vor. Damit verfügen Juristinnen und Juristen über einen Leitfaden, der sie Schritt für Schritt durch die zu berücksichtigenden Datenschutzaspekte leitet – von der einleitenden Grundfrage, ob die bearbeiteten Daten überhaupt Personendaten im Sinne des Datenschutzgesetzes darstellen, bis zur Archivierung und zu Haftungsfragen. Abschliessend berichtete Romana Cilloni, die Ausbildungsverantwortliche des Kompetenzzentrums amtliche Veröffentlichungen (KAV), darüber, was zwischen Ämterkonsultationsverfahren und Mitberichtsverfahren passiert. Sie hob zwei Neuerungen hervor: Neu kann das Amt über die Pendenzenliste den Fortschritt seiner Geschäfte im Circuit verfolgen, und neu zirkuliert kein Papier mehr. Der ganze Circuit findet nur noch elektronisch statt. Paralleles Arbeiten der am Circuit beteiligten Dienste bleibt, dank der durchgehenden elektronischen Verfügbarkeit der Sprachversionen, weiterhin möglich.

Weiterführende Unterlagen zu diesen Themen finden Sie im Internet unter <http://www.bj.admin.ch> > Themen > Staat & Bürger > Legistik > Forum für Rechtsetzung.

Die nächste Tagung des Forums für Rechtsetzung fand am 25. Februar 2010 statt. Zentrales Thema bildete die Vollzugstauglichkeit von Bundesrecht. Kantonaler Referent war Christian Schuhmacher, Leiter des Gesetzgebungsdienstes des Kantons Zürich. Von Seiten des Bundes beleuchteten verschiedene Vertreterinnen und Vertreter die Thematik aus ihrer Sicht. Über diese Sitzung des Forums wird im nächsten Heft ausführlicher berichtet.

*Robert Baumann, Bundesamt für Justiz, Bern*

# Veranstaltungskalender – Calendrier – Calendario – Chalender

## Ausbildungsangebot der Schweizerischen Gesellschaft für Gesetzgebung (SGG)

Unter der Ägide der SGG werden Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen angeboten:

- Murtener Gesetzgebungsseminar I: Rechtsetzungsmethodik (voraussichtlich wieder April 2011)
- Murtener Gesetzgebungsseminar II: Gesetzesredaktion (3.–5. Nov. 2010)
- Séminaire de légistique de Montreux «Mieux légiférer»
- Murtener Gesetzgebungsseminar (Vertiefungsseminar): Umsetzung von EU-Recht in der Schweiz aus legistischer Perspektive / La transposition du droit de l'UE en droit suisse du point de vue de la technique législative (11. Juni 2010)

### **Murtener Gesetzgebungsseminar II: Gesetzesredaktion**

Das Murtener Grundlagenseminar II «Das Handwerk der Gesetzesredaktion» ist eine Veranstaltung des Instituts für Föderalismus, im Auftrag der Schweizerischen Gesellschaft für Gesetzgebung und in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Bundeskanzlei und dem Bundesamt für Justiz. Es behandelt redaktionelle Fragen der Gesetzgebung.

#### *Ort und Zeit*

Murten, 3. – 5. November 2010

#### *Zielsetzung*

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen ihr Bewusstsein für die redaktionelle Seite der Gesetzgebung weiterentwickeln und ihre Fähigkeiten verbessern, Normtexte im Sinne der Verständlichkeit zu optimieren. Sie lernen, Schwächen in Erlassen zu erkennen und zu beseitigen. Insbesondere lernen sie wichtige redaktionelle Faustregeln, gute Formulierungen für häufige und problematische Normtypen sowie Hilfsmittel für die Gesetzesredaktion kennen und anwenden.

#### *Zielpublikum*

Dieses Redaktionsseminar richtet sich an Personen, die sich im öffentlichen Sektor oder in der Privatwirtschaft mit der Erarbeitung oder Umsetzung von Rechtsnormen befassen.

## *Kurssprache*

deutsch

## *Inhalt des Seminars*

Recht kann nur dann umgesetzt und befolgt werden, wenn es verstanden wird. Aber verstanden von wem? Und was heisst Verständlichkeit genau? Wie lässt sie sich fördern und was steht ihr im Weg? Mit diesen und verwandten Fragen befasst sich das Seminar. In Referaten, vor allem aber in Übungen und Diskussionen behandelt es eine Reihe von Aspekten der Verständlichkeit, so auch die immer wiederkehrenden neuralgischen Normtypen und deren sprachliches Kleid sowie die Auswirkungen der Systematik von Erlassen auf deren Verständlichkeit.

## *Kosten*

890 Franken; in den Kurskosten sind die Kursdokumentation und die Pausenerfrischungen enthalten. Die Kurskosten sind 30 Tage vor Seminarbeginn zu begleichen. Sollte ein Seminar nicht durchgeführt werden, so werden bereits einbezahlte Kurskosten vollumfänglich rückerstattet. Zusätzlich zu den Kurskosten fallen Hotelkosten in folgender Höhe an (pro Person/Tag): Pauschale mit Vollpension und Übernachtung: 180 Franken, Pauschale mit Vollpension ohne Übernachtung: 90 Franken, Tagespauschale mit Businesslunch: 40 Franken. Wir leiten Ihre Hotelanmeldung ans Hotel weiter. Die Hotelkosten begleichen Sie direkt bei der Hotelréception.

## *Anmeldung*

Konsultieren Sie bitte die Homepage des Instituts für Föderalismus, Universität Freiburg, [www.federalism.ch](http://www.federalism.ch)

## *Auskunft, Administration und Finanzen*

Lydia Spicher, Institut für Föderalismus, Route d'Englisberg 7, 1763 Granges-Paccot, Tel. +41 26 300 81 47, Fax +41 26 300 97 24, [lydia.spicher@unifr.ch](mailto:lydia.spicher@unifr.ch), [www.federalism.ch](http://www.federalism.ch)

## *Inhaltliche Auskünfte*

Elisabeth Hug, Bundeskanzlei, Zentrale, Sprachdienste, Sektion Deutsch, Gurtengasse 4, 3003 Bern, Tel. +41 31 322 00 69, Fax +41 31 324 11 02, [elisabeth.hug@bk.admin.ch](mailto:elisabeth.hug@bk.admin.ch)

Isabel Kamber, Bundeskanzlei, Zentrale Sprachdienste, Sektion Deutsch, Gurtengasse 4, 3003 Bern, Tel. +41 31 324 11 05, Fax +41 31 324 11 02, [isabel.kamber@bk.admin.ch](mailto:isabel.kamber@bk.admin.ch)

## **Murtener Gesetzgebungsseminare (Vertiefungsseminar): Die Umsetzung von EU-Recht in der Schweiz aus legistischer Perspektive / La transposition du droit de l'UE en droit suisse du point de vue de la technique législative**

Eine Veranstaltung des Instituts für Europarecht und des Instituts für Föderalismus der Universität Freiburg (CH), in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Justiz und der Bundeskanzlei

Une manifestation organisée par l'Institut de Droit européen et l'Institut du Fédéralisme, en collaboration avec l'Office fédéral de la justice et la Chancellerie fédérale.

### *Ort und Zeit / Lieu et date*

Freitag, 11. Juni 2010; Universität Freiburg (Pérolles II)

Vendredi, 11 juin 2010; Université de Fribourg, Pérolles II

### *Zielsetzung und Inhalt / Objectif et contenu*

Das im Auftrag der Schweizerischen Gesellschaft für Gesetzgebung (SGG) geplante Vertiefungsseminar widmet sich der Thematik der Umsetzung des EU-Rechts aus legistischer Sicht. Das Seminar soll den Teilnehmenden einen Überblick über den rechtlichen Rahmen der Umsetzungsgesetzgebung vermitteln, es soll die legistischen Herausforderungen aus theoretischer und praktischer Sicht (in Übungen) behandeln, und es soll einen Ausblick bieten auf das, was in nächster Zeit auf die Schweiz zukommen wird.

Placé sous les auspices de la Société suisse de législation (SSL), ce séminaire d'approfondissement est consacré à l'étude de la transposition du droit de l'Union européenne sous l'angle de la technique législative ou légistique. Le séminaire entend présenter aux participants le cadre légal de la législation de transposition; il veut également aborder (sous forme d'exercices) les exigences de la légistique d'un point de vue théorique et pratique, et il offrira également un aperçu des défis auxquels la Suisse sera prochainement confrontée.

### *Zielpublikum / Public cible*

Das Seminar richtet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltungen von Bund und Kantonen, die in ihren Fachbereichen mit der Aufgabe betraut sind, EU-Recht umzusetzen. Darüber hinaus sollen aber auch Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie Vertreterinnen und Vertreter aus der Wissenschaft angesprochen werden.

Le séminaire s'adresse aux collaboratrices et aux collaborateurs des administrations fédérales et cantonales qui, aux termes de leur cahier des charges, se trouvent confrontés à la transposition du droit de l'UE. Par ailleurs, les parlementaires ainsi que les représentant(e)s du monde scientifique peuvent également y trouver leur profit.

*Kurssprache / Langues de travail*

Das Seminar wird zweisprachig (deutsch/französisch) durchgeführt (ohne Simultanübersetzung). Für die Übungen ist mindestens eine rein französischsprachige Gruppe vorgesehen.

Le séminaire sera bilingue (français/allemand), sans traduction simultanée. Pour les exercices, il est prévu de constituer au moins un groupe exclusivement francophone.

*Kursleitung / Direction du séminaire*

- Prof. Dr. Astrid Epiney, Institut für Europarecht der Universitäten Bern, Neuenburg und Freiburg / Institut de Droit européen des Universités de Berne, Neuchâtel et Fribourg
- Prof. Dr. Bernhard Waldmann, Institut für Föderalismus (IFF) der Universität Freiburg / Institut du Fédéralisme (IFF) de l'Université de Fribourg

*Kurskosten / Frais d'inscription*

Fr 300; in den Kurskosten sind die Kursdokumentation und die Pausenerfrischungen enthalten (inkl. Aperitif, exkl. Mittagessen). Die Kurskosten sind spätestens 14 Tage vor Seminarbeginn zu begleichen. Sollte das Seminar nicht durchgeführt werden, so werden die bereits einbezahlten Kurskosten vollumfänglich zurückerstattet.

Les frais comprennent toute la documentation et les rafraîchissements servis durant les pauses (ainsi que l'apéritif, mais sans le repas de midi). Ils doivent être réglés au plus tard 14 jours avant le début du séminaire. Dans le cas où un séminaire n'aurait pas lieu, ils seraient intégralement remboursés.

*Auskunft und Anmeldung / Renseignement et inscription*

Lydia Spicher-Perler, Institut für Föderalismus / Institut du Fédéralisme, Route d'Englisberg 7, 1763 Granges-Paccot, Tel.: 026 300 81 47, Fax: 026 300 97 24, E-Mail: [lydia.spicher@unifr.ch](mailto:lydia.spicher@unifr.ch), [www.federalism.ch](http://www.federalism.ch)



## **Gesetzgebungskurs des Bundes**

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesverwaltung, die mit Gesetzgebungsaufgaben betraut sind, erwerben in diesem Kurs die notwendigen theoretischen und praktischen Kenntnisse für die Erarbeitung von Erlassen des Bundes.

### *Inhalt*

Gesetzgebungsverfahren, materieller Gesetzesbegriff und Erlassformen im Bundesrecht; Legalitätsprinzip und Übertragung von Rechtsetzungsbefugnissen; Berücksichtigung und Umsetzung des EU-Rechts und des internationalen Rechts; Auftragsanalyse; Redaktion eines Erlasses; Vernehmlassungsverfahren; Aufbau und Abfassung der Botschaft; Ämterkonsultations- und Mitberichtsverfahren.

### *Daten*

Erster Teil: 10., 17., 24. Nov. 2010; zweiter Teil: 24.–27. Jan. 2011.

Der zweisprachige Kurs (d/f) wird alle zwei Jahre durchgeführt.

### *Auskunft und Anmeldung*

Jean-Christophe Geiser, Tel. +41 31 322 53 99,

E-Mail: [jean-christophe.geiser@bj.admin.ch](mailto:jean-christophe.geiser@bj.admin.ch)

## **Séminaire de légistique de Montreux «Mieux légiférer: rédaction et méthode législatives»**

### *Objectifs*

Familiariser les participants avec les règles de base de la rédaction législative et la démarche méthodique afin d'améliorer la qualité législative.

### *Public*

Le séminaire est destiné aux acteurs étatiques, fédéraux, cantonaux et communaux chargés de préparer et d'examiner des projets législatifs ou réglementaires, principalement aux professionnels de la fonction publique. Il est aussi ouvert aux parlementaires ou à leurs assistants ainsi qu'aux traducteurs. Les professionnels du secteur privé devant concevoir de tels projets ou les critiquer dans le cadre de procédures de consultation peuvent également en tirer profit, de même que les concepteurs d'initiatives populaires. Il s'adresse tant à des juristes qu'à des non-juristes. Il permet également aux universitaires fraîchement diplômés d'acquérir une formation et une expérience à faire valoir dans le monde du travail.

### *Direction*

Alexandre Flückiger, professeur à la Faculté de droit de l'Université de Genève, en collaboration avec Christine Guy-Ecabert, professeure à la Faculté de droit de l'Université de Neuchâtel et collaboratrice scientifique à l'Office fédéral de la justice, Berne.

### *Organisation*

Le séminaire est placé sous les auspices de la Société suisse de législation et des responsables romands et tessinois de légistique (Monique Albrecht [VS]; Gérard Caussignac [BE]; Marilena Fontaine [TI]; Jean-Christophe Kubler [JU]; Denis Loertscher [FR]; Jean-Luc Schwaar [VD]; Alain Tendon [NE]; Fabien Waelti [GE]). Il est animé par des enseignants universitaires ainsi que par des spécialistes de l'Office fédéral de la justice, de la Chancellerie fédérale et des cantons.

### *Contact*

Daphrose Ntarataze, Faculté de droit, Département de droit constitutionnel, Université de Genève, 1211 Genève 4, Tél: +41 (0)22 379 85 23,  
Fax: +41 (0)22 379 86 62, E-mail: daphrose.ntarataze@unige.ch,  
[www.unige.ch/formcont/droit/cete](http://www.unige.ch/formcont/droit/cete)

## **Rechtsetzung und übergeordnetes Recht – Orientierung und Kontrolle**

Gute Rechtsetzung zeichnet sich durch eine systematische Ordnung und vertikal hierarchische Strukturierung der Gesetzgebung aus. Die Dynamisierung der Rechtsetzung, die Beschleunigung von – sich teils inhaltlich überlagernden – Rechtsetzungsvorhaben und der Umstand, dass häufig mehrere Staatsebenen mit den gleichen Rechtsetzungsfragen befasst sind, verursachen erhebliche Heterogenitätsrisiken für die Rechtsordnung. Entscheidend wird dadurch, welche Instanzen in welchen Momenten und in welchen Verfahren zu kontrollieren haben, ob und wie das neu zu schaffende Recht in das bestehende Gefüge einzupassen ist. Dabei darf aber auch nicht vergessen werden, dass die Normhierarchie keine «Einbahnstrasse» ist, die nur von oben herab diktiert, was weiter unten noch legitimerweise getan werden darf; vielmehr gibt es vielfältige Interventions- und Impulsmechaniken, mit denen gewissermassen von unten nach oben Gestalt und Inhalt des höherrangigen Rechts beeinflusst und mitgestaltet werden kann. Veranschaulichen liesse sich dies an der Bedeutung der Staatenpraxis bei der Entwicklung und Fortschreibung völkerrechtlicher Normen. Aber auch umgekehrt – also von oben nach unten – ist das Bild differenzierter, als es die tradierten Formeln (z.B. «Völkerrecht bricht Landesrecht»/«Bundesrecht bricht kantonales Recht») vermuten lassen: Höherrangige Normen sind häufig als Richtschnur oder Zielvorstellung konzipiert und formuliert, denen sich das untergeordnete Recht mit konkreten gesetzgeberischen Massnahmen annähern soll; das Verhältnis der Normen zueinander kann in solchen Fällen weniger als Entweder-oder, sondern als Sowohl-als-auch beschrieben werden.

*Datum und Ort*

**Freitag, 18. Juni 2010, Burgerratssaal, Restaurant Casino, Bern**

*Referate*

Es sind Referate zu folgenden Themen vorgesehen:

Präventive Rechtskontrolle: Hintergrund, Inhalt, Folgerungen; Die präventive Rechtskontrolle im Ausland: Beispiel Frankreichs/Beispiel Österreich; Bundesrecht bricht kantonales Recht: Wie stellen die Kantone die Bundesrechtskonformität ihrer Rechtsetzungsvorhaben sicher?; Respekt des Unionsrechts durch die Mitgliedstaaten: Praxis und Probleme für die Europäische Kommission; Die Rolle des Bundesgerichts bei der präventiven Rechtskontrolle *de lege lata* und *de lege ferenda*; Die Rolle von Querschnittsämtern: Beispiel der Direktion für Völkerrecht; Die Rolle des Parlaments.

## **Metropolitanregionen – eine neue parlamentarische Herausforderung**

Die Schweizerische Gesellschaft für Parlamentsfragen wird ihre diesjährige Jahresversammlung im Kanton Aargau abhalten. Der Grosse Rat des Kantons Aargau lädt zu dieser Versammlung ein.

Als Referenten sprechen Prof. Dr. Daniel Kübler vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich und Regierungsrat Dr. Markus Notter (ZH), Präsident des Metropolitanraums Zürich. Auf dem von Ständerat Claude Janiak moderierten Podium diskutieren Regierungsrat Dr. Urs Hofmann (AG), Alt-Nationalrat Prof. Remigio Ratti (TI), Herrn Guy Mettan (GE), Präsident des Grossen Rates des Kantons Genf, Grossrat Dr. Heinrich Ueberwasser (BS).

Die Jahresversammlung der SGP bietet neben der Beschäftigung mit einem Hauptthema vor allem auch Gelegenheit zu vielfältigem informellen Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen Ratspräsidentinnen und -präsidenten, Ratsmitgliedern und Parlamentsdienstmitarbeitenden aus der ganzen Schweiz. Am Freitagabend, den 10. September 2010, wird ein Kulturprogramm mit anschliessendem Nachtessen auf Schloss Lenzburg angeboten.

### *Datum*

**Freitag/Samstag, 11./12. September 2010**

### *Informationen*

Sekretariat SPK, Parlamentsdienste, 3003 Bern,  
E-Mail: moritz.vonwyss@pd.admin.ch

\* \* \*

### *Assemblée générale 2010 de la Société suisse pour les questions parlementaires (SSP)*

## **« Régions métropolitaines : un nouveau défi pour les parlements »**

Cette année, la Société suisse pour les questions parlementaires tiendra son Assemblée générale annuelle dans le canton d'Argovie. Le Grand Conseil du canton d'Argovie a le plaisir de vous convier à cet événement.

La partie formelle débutera par des exposés présentés par M. Daniel Kübler, professeur à l'Institut de science politique de l'Université de Zurich, et par M. Markus Notter, conseiller d'État zurichois et président de la zone métropolitaine de Zurich. Ensuite aura lieu un débat animé par le conseiller aux États Claude Janiak, et auquel participeront M. Urs Hofmann, conseiller d'État argovien, M. le professeur Remigio Ratti, ancien conseiller national tessinois, M. Guy Mettan, président du Grand Conseil genevois et M. Heinrich Ueberwasser, député au Grand Conseil de Bâle-Ville. La discussion s'annonce passionnante !

L'Assemblée générale de la SSP permettra en outre un échange informel de points de vue et d'informations entre présidents des conseils, députés et collaborateurs des services des parlements issus de toute la Suisse. De plus, le soir du vendredi 10 septembre 2010, un programme culturel vous sera proposé, suivi d'un repas, au château de Lenzbourg.

*Date*

**Vendredi/Samedi, 11/12 septembre 2010**

*Renseignements*

Secrétariat CIP, Service du Parlement, 3003 Berne,

E-Mail: moritz.vonwyss@pd.admin.ch

\* \* \*

*Assemblea generale 2010 della Società svizzera per le questioni parlamentari (SSP)*

### **«Regioni metropolitane – una nuova sfida parlamentare»**

L'Assemblea generale annuale della Società svizzera per le questioni parlamentari avrà luogo quest'anno nel Cantone di Argovia. Il Gran Consiglio del Cantone di Argovia ha il piacere di invitarvi a questa manifestazione.

All'Assemblea interverranno come relatori Daniel Kübler, professore dell'Istituto di scienze politiche dell'Università di Zurigo e il consigliere di Stato Markus Notter (ZH), presidente di «Metropolitanraum Zürich». Alla tavola rotonda moderata dal consigliere agli Stati Claude Janiak parteciperanno il consigliere di Stato di Argovia Urs Hofmann, l'ex consigliere nazionale Professore Remigio Ratti (TI), Guy Mettan, presidente del Gran Consiglio del Cantone di Ginevra e il deputato del Gran Consiglio di Basilea, Heinrich Ueberwasser. La discussione si preannuncia interessante!

Al di là del tema all'ordine del giorno, l'Assemblea generale della SSP è principalmente occasione di scambio informale di opinioni e informazioni tra i presidenti delle Camere, i deputati e i collaboratori dei servizi parlamentari provenienti dall'intera Svizzera. Per la serata di venerdì 10 settembre 2010 sono previsti un programma culturale e una cena al castello di Lenzburg. Vi segnaliamo con tempestività la data dell'Assemblea 2010, affinché possiate sin d'ora prenotare questi due giorni.

*Data*

**Venerdì/Sabato 11/12 settembre 2010**

*Informazioni*

Segretario CIP, Servizi del Parlamento, 3003 Berna;

E-Mail: moritz.vonwyss@pd.admin.ch